

Antrag der AfD-Fraktion Ludwigshafen;
Resolution "Ludwigshafen gegen Gewalt und Extremismus"

KSD 20150959

**Antrag 03/2015
Resolution gegen Extremismus**

**AfD-Fraktion Lud-
wigshafen
Moltkestr. 8
67059 Ludwigshafen**



AfD-Fraktion · Moltkestr. 8 · 67059 Ludwigshafen

Jörg Matzat · Fraktionsvorsitz
Norbert Grimmer · Stv. Vorsitz
Andreas Hofmeister · Stv. Vor-

sitz

Andreas Kühner · Geschäfts-

führer

Oliver Sieh

An Frau
Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse

Ludwigshafen, 10.03.2015

Antrag der AfD-Fraktion zur Stadtratssitzung am 23.03.2015

**Der Stadtrat der Stadt Ludwigshafen möge folgende Resolution beschließen:
Resolution „Ludwigshafen gegen Gewalt und Extremismus“**

Der Rat der Stadt Ludwigshafen verurteilt jegliche Form von Gewalt und Extremismus, ob politisch, religiös oder auf andere Weise motiviert.

Der Rat stellt fest, dass Gruppierungen die extremistische Ziele verfolgen, in Ludwigshafen nicht erwünscht sind.

Die Vorfälle am 08. Februar 2015 anlässlich der Kundgebung „Ludwigshafen Bunt statt Braun“ (Bürgerfest) machen es notwendig, dass alle demokratischen Kräfte im Stadtrat diese Vorfälle verurteilen und klar stellen: Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist in Ludwigshafen ebenso uneingeschränkt zu garantieren und durchzusetzen, wie das Recht jeder demokratischen politischen Partei und Organisation, für ihre Wahl und ihre Ziele öffentlich zu werben.

Wer das nicht akzeptiert und befolgt, sondern - mit welcher Begründung auch immer – aus eigener Willkür darüber entscheiden will, wer in der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie dem Recht auf öffentliche Präsenz beeinträchtigt oder gar gehindert werden soll, stellt sich außerhalb des demokratischen Spektrums und befindet sich im offenem Gegensatz zum Grundgesetz.

Der Rat der Stadt Ludwigshafen ist sich einig, offene antidemokratische Aktionen, gleich welcher politischen Richtung, gegebenenfalls künftig öffentlich zu ächten!

Begründung:

Am Rande der am 08. Februar 2015 stattgefundenen Kundgebung „Ludwigshafen Bunt statt Braun“, kam es zu Gewalttaten und Sachbeschädigungen.

Nach Angabe örtlicher Tageszeitungen ist von 50 Straftaten aus dem Bereich Waffengesetz, Versammlungsgesetz und Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte auszugehen. Wie dem Mannheimer Morgen nach Angabe der Polizei zu entnehmen war, lösten sich rund 200 Linksautonome vom eigentlichen Demonstrationzug aus Mannheim ab und stürmten in Richtung des Hauptbahnhofes Ludwigshafen. Sie überrannten dabei Absperrungen der Polizei, schlugen auf ihrem Weg die Scheiben eines Streifenwagens ein und warfen ein "Bengalo" unter das Auto. Von außen entstand dadurch der Eindruck, dass das Fahrzeug brennt. Den drei Beamten gelang es, sich aus dem Fahrzeug zu retten.

Auf dem Theaterplatz wurde der Stadtrat Oliver Sieh körperlich angegangen und verletzt. Dem Stadtrat Andreas Hofmeister wurde eine Fahne entwendet und eine Anstecknadel vom Revers entrissen. Es kam überdies zu Beleidigungen der vier anwesenden Stadträte der AfD-Fraktion.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Jörg Matzat
Fraktionsvorsitzender